



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

# Pressemitteilung

Freitag, 19. November 2010

**Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Oktober informieren.

Mit ihrer Klausurtagung Ende September in [Kloster Banz](#) hat die CSU-Fraktion ihre Arbeit nach der Sommerpause wieder voll aufgenommen. Seither hat sich viel ereignet. So liegt insbesondere der CSU-Parteitag vom 29. und 30. Oktober 2010 hinter uns. Gestatten Sie/Gestattet mir deshalb, dass ich zunächst auf die Parteitagsbeschlüsse eingehe, ehe ich die eigentliche Landtagsarbeit kommentiere.

## **Beschlüsse des CSU-Parteitags vom 29./30. Oktober**

Insgesamt fünf Leitanträge wurden auf dem Parteitag beschlossen. Die Diskussionen über die einzelnen Anträge zur Reform der Bundeswehr, zum Jahr für die Gemeinschaft, zur Beitragsanpassung, zum 7-Punkte-Integrationsplan und zum Leitbild 2010plus waren so dicht, konzentriert und intensiv wie selten zuvor auf einem Parteitag – ich habe die Beschlüsse diesem Newsletter beigelegt.

Mit großer Mehrheit haben die Delegierten (für Dachau waren Landrat Hansjörg Christmann, Oberbürgermeister Peter Bürgel, stellv. Landrätin Eva Rehm, Michael Christoph, Stefan Kolbe, Tanja Lademann, Florian Schiller, Tobias Stephan, Gerhard Weber und ich in der Neuen Messe in München-Riem vertreten) die Anträge zur Reform der Bundeswehr und – damit zusammenhängend – zum Jahr für die Gemeinschaft angenommen, zwei Anträge, die für das Grundverständnis

unserer Partei entscheidend wichtig sind. Denn die Wehrpflicht und der Dienst für unser Land gehören zum Markenkern der CSU. An dieser Stelle habe ich bereits des Öfteren darauf hingewiesen, welcher hohen Wert die Wehrpflicht darstellt: als Dienst an unserem und für unser Vaterland, als Instrument, das sowohl die Bundeswehr erdet als auch den Gedanken der Bundeswehr in der Bevölkerung eng verwurzelt, das einen „Staat im Staate“ wie zu Weimarer Zeiten verhindert und einen „Staatsbürger in Uniform“ ermöglicht. All diese Argumente hatte ich mir bereits für die intensive Diskussion mit unserem Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg zurechtgelegt, die die Landtagsfraktion im Rahmen ihrer Klausurtagung in Kloster Banz geführt hatte. Doch hatte der Minister bereits seinerzeit in Banz in einer einstündigen brillanten Rede sämtliche dieser Argumente aufgegriffen und entkräftet. Sämtliche Mitglieder des Arbeitskreises Wehrpolitik der Landtagsfraktion und ich wurden dabei davon überzeugt, dass der von ihm eingeschlagene Weg alternativlos ist. Schon jetzt nämlich würden nur noch etwas mehr als 16 Prozent der jungen Männer eines Jahrgangs zur Bundeswehr einberufen, so dass eine „Wehrpflicht“ schon aktuell de facto nicht mehr bestehe. Die Bundeswehr sei chronisch unterfinanziert, was nur durch eine deutliche Verkleinerung geändert werden könne. Es sei aber unsere Pflicht, gerade die Soldaten im Auslandseinsatz mit dem besten Material auszustatten. Eine Verkleinerung der Bundeswehr auf 160.000 bis 180.000 Mann und eine Aussetzung der Wehrpflicht, die insbesondere die bisher für die Ausbildung gebundenen Kapazitäten freimache, schaffe Investitionsspielräume, die wiederum der in Bayern stark vertretenen wehrtechnischen Industrie zugute kämen. Die Wehrpflicht bleibe auch im Grundgesetz erhalten, mit der Folge, dass sie im Krisenfall jederzeit wieder aufleben könne. Freiwillig solle ein Wehrdienst – etwa zwei Jahre lang – weiterhin möglich sein, damit es auch weiterhin für jeden jungen Mann die Möglichkeit gibt, – als Staatsbürger in Uniform – Dienst für unser Land zu leisten. Die Bundeswehr solle zudem in der Fläche bleiben, was für Bayern mit seinen vielen Standorten ebenfalls enorm wichtig ist und einen „Staat im Staate“ verhindern hilft – diese Gefahr wäre etwa bei der Konzentration auf nur zehn Großstandorte in Deutschland deutlich größer. Es solle weiterhin eine tragfähige Reservistenkonzeption geben, um die erworbenen Fähigkeiten und die vielfache und hohe Verbundenheit mit der Bundeswehr zu bewahren. All diesen Argumenten hat sich auch der CSU-Parteitag angeschlossen.

Nötig ist nun – das ist auch Inhalt des zweiten beratenen Antrags für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ – eine tragfähige Ersatzkonstruktion für den wegfallenden Zivildienst geben. Das Bundesfamilienministerium hat hierzu just in dieser Woche Vorschläge für einen freiwilligen Zivildienst vorgelegt.

In der Landtagsfraktion hat die Einführung eines allgemeinen Dienstpflicht-Jahres für Männer und für Frauen viele Anhänger. Eine Dienstpflicht aber ist dem Grundgesetz zufolge bisher auf die Landesverteidigung beschränkt. Um eine allgemeine Dienstpflicht für beide Geschlechter einzuführen, bedürfte es daher einer Grundgesetzänderung. Die hierfür notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag ist aber nicht zu erreichen, da nicht einmal aus der Schwesterpartei CDU mit allen Stimmen gerechnet werden kann, von FDP und natürlich SPD, Grünen und Linken ganz zu schweigen.

## Leitantrag zur Beitragsanpassung

Deutlich intensivere Diskussionen hat der Leitantrag zu einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ausgelöst, der jedoch gleichfalls von der Mehrheit der Delegierten angenommen wurde. Demnach wird der Mindestbeitrag künftig um einen Euro pro Monat auf 62 Euro jährlich steigen. Für Härtefälle kann es beim bisherigen Beitrag in Höhe von 50 Euro verbleiben. Auch für die Arbeitsgemeinschaften gibt es geringfügige Erhöhungen. Dies alles erfolgt mit dem Ziel, für die beiden Super-Wahljahre 2013 und 2014, in denen innerhalb von neun Monaten Bundestag, Landtag, kommunale Vertretungen und das Europaparlament neu gewählt werden, ein ausreichendes Finanzpolster anzusammeln.

## 7-Punkte-Integrationsplan

Der Leitantrag zu einem 7-Punkte-Integrationsplan wurde wiederum mit großer Mehrheit angenommen. Die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bleibt ein hochaktuelles und die Bevölkerung tief bewegendes Thema. Dass die Medien hierüber eher zurückhaltend berichten, macht die verbreitete Stimmung nur noch explosiver. Hauptaussage der CSU dabei ist, dass die Sprache der Schlüssel zur Integration ist und bleibt. Wer bei uns leben möchte, muss die deutsche Sprache erlernen. In ihrer Regierungserklärung vom 11. November hat Sozialministerin Christine Haderthauer gleichzeitig betont, dass in Bayern Integration besser gelingt als in anderen Bundesländern. So schneiden in den Pisa-Tests bayerische Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund regelmäßig besser ab als einheimische Schülerinnen und Schüler in anderen Bundesländern. Die sieben Punkte, die die CSU auf ihrem Parteitag beschlossen hat, sind im Einzelnen:

1. Deutschland ist kein klassisches Zuwanderungsland
2. Restriktive Handhabung des Familiennachzugs – in ihrer Regierungserklärung hat Sozialministerin Haderthauer vorgeschlagen, ein Mindestalter von 21 Jahren für nachziehende Ehepartner einzuführen.
3. Integrationswillige Migranten fördern, Integrationsverweigerung nicht hinnehmen und konsequent sanktionieren
4. Integration heißt Deutsch-Lernen
5. Integration durch Teilhabe und Arbeit -das Ziel auch in der Integrationspolitik muss sein: aktivieren statt alimentieren!
6. Keine Abschottung in Parallelgesellschaften
7. Integration und Zusammenhalt brauchen gemeinsame Werte.

Bei Letzterem geht es nicht um Assimilation, sondern um Respekt und Achtung vor unserer Kultur. Deshalb wird man darüber hinwegsehen müssen, dass beim Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und der Türkei am 8. Oktober 2010 so viele Menschen im Berliner Olympiastadion

die türkische Mannschaft angefeuert haben. Unverständlich und scharf zu missbilligen aber ist, dass einer, der sich vorbildlich verhält und, obwohl er andere Wurzeln hat, bewusst und überzeugt für sein Geburtsland Deutschland spielt (Mesut Özil), von der Menge ausgepiffen wird. Nicht Integration, sondern Integrationsverweigerung ist zu missbilligen. Deshalb haben die Pfiffe weh getan.

### **Leitbild 2010plus**

Die intensivsten, engagiertesten und längsten Diskussionen hat auf dem Parteitag aber der Leitantrag zum „Leitbild 2010plus“ ausgelöst. Und das alles wegen der einen Passage, die da lautet: „Wir setzen uns bei der Frauenförderung substanziell belastbare Ziele. Wir wollen künftig parteiinterne Ämter mit wenigstens 40 Prozent Frauen besetzen. Beim Parteivorstand und bei den Bezirksvorständen wird dieser Anteil bereits für 2011 festgeschrieben. Bei den Kreisverbänden streben wir einen Entwicklungsprozess zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen an. Wir wollen erreichen, dass schon nach den nächsten parteiinternen Wahlen deutlich mehr Frauen in politischen Funktionen sind als heute.“

Es ging also um die so genannte Frauen-Quote, die in dieser Form vom Parteivorstand vorgeschlagen und insbesondere von jüngeren Rednern zum Teil mit großer Verve abgelehnt wurde. Im Ziel, Frauen fördern zu wollen, waren sich alle einig. Es wurde lediglich über den erfolgversprechendsten Weg hin zu diesem Ziel debattiert – und das mit Leidenschaft. Mir war wichtig, dass sich die CSU keine Vorgaben macht, die sie nicht erfüllen kann. So hätte eine fixe Frauen-Quote von 40 Prozent aktuell die meisten Kreisverbände vor nicht zu lösende Probleme gestellt. Auf der Ebene der Bezirksvorstände und des Landesvorstands – und nur hierfür gilt nun die Quote – ist sie bereits jetzt nach meiner Überzeugung gut umsetzbar. Die lange, ehrliche Diskussion und der knappe Ausgang der Abstimmung (der Antrag wurde mit 56 Prozent der Delegiertenstimmen angenommen) zeigt vor allem Zweierlei: Zum einen, dass die Mehrheit möchte, dass die Quote als Instrument der Frauen-Förderung einmal auf seine Wirksamkeit getestet wird. Und zum anderen, dass die Partei nicht gewillt ist, eine fixe Quote über Bezirksvorstände und Landesvorstand hinaus mitzutragen. Eine Ausweitung der fixen Quote auf weitere Vorstandsebenen wird der Parteivorstand deshalb nach meinem Dafürhalten auf Jahre hinaus nicht anpacken können.

### **Zur Landespolitik - Haushalt**

Im Landtag sind in den letzten Wochen die Vorbereitungen auf den Doppelhaushalt 2010/11 das alles überlagernde Thema. In der Banzer Klausurtagung hat die CSU-Fraktion dabei die Grundsatzentscheidung getroffen, dass der Haushalt auch weiterhin ausgeglichen, also ohne Neuverschuldung, gestaltet werden soll und deshalb die erforderlichen großen Sparanstrengungen unternommen werden sollen. Hier geht es um die finanzpolitische Kompetenz der CSU, auch im sechsten Jahr in Folge seit 2006 ohne Neuverschuldung auszukommen. Insbesondere aber geht es um Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Denn es wären die nachfolgenden Generatio-

nen, die neue Schulden zurückzahlen müssten. Im September war es hierfür nötig, die enorme Summe von insgesamt 2,6 Milliarden Euro im Vergleich zum Haushalt 2010 einzusparen.

Die Konjunkturprogramme seitens der Bayerischen Staatsregierung (ich erinnere nur an das Mittelstandskreditprogramm und den Doppelhaushalt 2009/10, die beides ausgesprochene Investitionshaushalte waren) und der Bundesregierung (insbesondere die Konjunkturpakete I und II und das Instrument der Kurzarbeit) waren aber so erfolgreich, dass die deutsche und insbesondere die bayerische Wirtschaft die Krisenzone inzwischen wieder verlassen konnte. Die Konjunktur läuft wieder, die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen und die Steuereinnahmen steigen wieder. Dies hat dazu geführt, dass der Freistaat Bayern ausweislich der aktuellen Steuerschätzung vom November zwar weiterhin sparen muss, allerdings weniger drastisch als bisher angenommen. So kann Bayern 2010 mit rund 1,7 Milliarden Euro, 2011 mit 1,46 Milliarden Euro und 2012 mit 1,50 Milliarden Euro zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Die Staatsregierung erntet damit die Früchte einer guten Politik. Denn die positive Entwicklung der Steuereinnahmen ist auch unmittelbar das Ergebnis eines erfolgreichen Managements der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Fakt ist: Bayern ist besser als jedes andere Land aus der Krise gestartet. Und Deutschland ist derzeit Konjunkturmotor für ganz Europa. Dies ist auch und gerade die Leistung der CSU – in den Regierungen auf Landes- und auf Bundesebene. Wenn Wirtschaftsminister Zeil von der FDP die aktuelle Steuerschätzung mit den Worten kommentiert „da haben wir Glück gehabt“, müssen wir feststellen: Das war kein Glück. Das war vorausschauende, vernünftige, antizyklische Politik, deren Früchte wir jetzt ernten dürfen - zum Nutzen für alle Bürgerinnen und Bürger.

Für 2011 werden allerdings weiterhin 1,1 Milliarden Euro eingespart werden müssen. Für 2012 liegt das Einsparvolumen bei 1,4 Milliarden Euro. Gleichzeitig soll Bayern bei den entscheidenden Zukunftsthemen Familie, Bildung und Innovation weiterhin an der Spitze in Deutschland stehen. Hierzu wird es deshalb ein Sonderprogramm unter dem Titel „Aufbruch Bayern“ geben.

Einen Sparbeitrag müssen dabei auch Bayerns Beamte erbringen. Wichtig ist allerdings: Das Neue Dienstrecht bleibt ebenso unangetastet wie die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden spätestens zum 1. August 2013, die Verlängerung der Möglichkeit der Altersteilzeit, die in anderen Ländern ihresgleichen sucht, sowie das Weihnachtsgeld, was sowohl der Bund als auch viele andere Länder anders handhaben.

Im Einzelnen werden im Doppelhaushalt 2011/2012 keine zusätzlichen kostenwirksamen Stellen ausgebracht. Hiervon unberührt ist die Weiterfinanzierung der Stellen, die für Bewältigung des Anstiegs der Studierendenzahl ausgebracht wurden. Gleiches gilt für die Stellen, die trotz des Wegfalls des 13. Schuljahres und der demographischen Entwicklung im Schulbereich erhalten bleiben bzw. den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Kostenwirksame Stellenhebungen werden nur im Rahmen des Neuen Dienstrechts und der Verwaltungsreform 21 durchgeführt.

Die bayerischen Beamten müssen im Jahr 2011 allerdings auf eine Besoldungserhöhung verzichten, sondern eine Nullrunde in Kauf nehmen. Ich denke, angesichts der vielen Leitentscheidun-

gen, die im vergangenen Jahr zugunsten der Beamten getroffen wurden, ist dies für ein Jahr ver-  
schmerzbar.

Eine Führungsdebatte in der CSU, so viel sei einmal deutlich festgestellt, findet derzeit nur in den  
Medien statt. Die Landtagsfraktion steht ohne Wenn und Aber hinter Ministerpräsident Horst  
Seehofer, der weiterhin fast ständig präsent ist und ein offenes Ohr für die ihm geschilderten An-  
liegen hat. Dass Medien bisweilen anderes behaupten, kann ich nur auf das Interesse zurückfüh-  
ren, der CSU zu schaden.

## **Bedrohung unserer Demokratie**

Erlauben Sie/Erlaubt mir bitte, noch ein Thema anzusprechen, das mich seit geraumer Zeit um-  
treibt. In den letzten Wochen nämlich waren einige Alarmsignale nicht zu übersehen, die unsere  
Demokratie als bedroht erscheinen lassen.

Über den Kreislauf der Verfassungen hat der griechische Philosoph Polybios [Polybios](#) bereits im  
zweiten vorchristlichen Jahrhundert geschrieben. Dabei geht er davon aus, dass es in der  
Geschichte sechs Verfassungstypen gibt, die sich in einem beständigen Kreislauf und nach einer  
festen Regel abwechseln.

Aus der guten Einherrscherform Monarchie wird die schlechte Tyrannis, gefolgt von der guten  
Form einiger Herrscher, der Aristokratie, die durch mehrere schlechte Herrscher, die Oligarchie,  
abgelöst wird, gefolgt von der guten Form der Herrschaft aller, der Demokratie, die durch die  
Herrschaft des Ochlos (wörtlich zu übersetzen mit dem „gemeinen Volk“, der Menge) ersetzt wird,  
aus der wieder ein guter Einherrscher, ein Monarch, hervorgeht, und so fort.

Als ich dies im Griechisch-Unterricht vor 25 Jahren gehört habe, war ich mir sicher, dass Polybios  
nicht recht hat. Die Demokratie ist doch die beste Herrschaftsform, die wir haben – und diese  
werden wir nicht aufgeben, so war ich sicher. Gerade die Demonstrationen um Stuttgart 21 zeigen  
uns, dass sich der Verfassungskreislauf schon jetzt möglicherweise etwas weitergedreht hat. Denn  
aus den Protesten gegen ein Projekt, das durch alle Instanzen der repräsentativen Demokratie ge-  
gangen ist, ist ein Schlichter hervorgegangen, der die gewählten Vertreter, insbesondere Minister-  
präsident Mappus, und die namenlosen Demonstranten an einen Tisch gebracht hat. Hierin liegt  
der Nukleus für einen neuen Monarchen - Heiner Geißler verkörpert auf diese Weise einen neuen  
Autokraten. Hier könnte sich also gerade eine Änderung unserer Staatsverfassung abgespielt ha-  
ben, die in ihrer Tragweite noch nicht zu überblicken ist. Wir müssen deshalb auf der Hut sein  
und uns die Bedrohungen unserer repräsentativen Demokratie stets vor Augen halten. Dass sich  
Gleichgültigkeit und Desinteresse an der Demokratie breit macht (mit etwa einem Drittel  
Nichtwählern), stellen wir schon länger fest. Dass aber ein Gewerkschaftschef – in diesem Fall  
Verdi-Chef Frank Bsirske bei einer Demo gegen Sozialabbau am 13. November 2010 in Dortmund  
– der Bundesregierung einen doppelten Stinkefinger zeigt, belegt ebenfalls diese neue Dimension.  
Hierfür gäbe es im Fußball die Rote Karte. Im Politikbetrieb von heute bleibt ein solches Verhalten  
offenbar ohne Sanktionen. Das muss uns alle aufrütteln.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus der Partei und dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized initial 'B' followed by the name 'Bernhard Seidenath' written in a cursive script.

Bernhard Seidenath

## Integration auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes

Wir haben die **aktuelle Integrationsdebatte** zum Anlass genommen, die **Grundlinien unserer erfolgreichen Integrationspolitik** in einem **Dringlichkeitsantrag** noch einmal deutlich zu machen.

**Bayern ist ein weltoffenes und tolerantes Land**, in dem sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sicher und wohl fühlen.

Dies ist das **Ergebnis einer konsequenten Politik der CSU-Fraktion** und der von ihr getragenen Staatsregierungen.

Im bundesweiten Vergleich sind **Migranten in Bayern sehr gut integriert**. Das lässt sich sowohl an der **hohen Erwerbsbeteiligung von 66,7 %** als auch durch die im bundesdeutschen Vergleich **niedrige Armutsquote von 23,2 %** belegen. Trotz eines wesentlich höheren Anteils von Menschen mit ausländischen Wurzeln haben wir **in bayerischen Großstädten keine Parallelgesellschaften wie in Berlin**.

Das hohe Maß an Integration in Bayern ist das **Resultat unserer seit Jahrzehnten erfolgreichen Politik des Einforderns und des Förderns von Integration**. So hat Bayern – auch

in Zeiten, als dies von der politischen Linken noch heftig kritisiert wurde – das **Beherrschen der deutschen Sprache** zur Voraussetzung für die Einschulung von Kindern gemacht.

Wir haben auch stets konsequent die **Einhaltung der Werteordnung unseres Grundgesetzes** eingefordert, **Rechtsbrüche ohne Ansehen der Tätergruppe geahndet** und für **verpflichtende Integrationskurse für Migranten** gekämpft.

Die **Akzeptanz unserer auf christlich-europäischen Wurzeln fußenden Kultur**, die sich insbesondere in unserem christlichen Menschenbild, in der Religionsfreiheit, in der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Meinungs- und Religionsfreiheit ausdrückt, ist für uns **zwingende Voraussetzung gelingender Integration**.

Integration ist **nicht nur eine Herausforderung für die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft**, sondern erfordert auch von den Menschen, die zu uns kommen, **die Bereitschaft und den Willen zur Integration**.

**Integrationsverweigerung werden wir nicht hinnehmen**. Wer etwa Integrationskurse nicht besucht oder diese



vorzeitig abbricht, muss **spürbar sanktioniert werden**.

Es ist nach unserer festen Überzeugung **notwendig und richtig**, die bestehenden **Defizite und Herausforderungen bei der Integration offen zu benennen**.

Vorstellungen vom schlichten Nebeneinander verschiedener Kulturen, ohne die Notwendigkeit eines gemeinsamen Wertekonsenses zu erkennen, verhindern einen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

„Multi-kulti“ führt letztendlich zur **Entstehung von Parallelgesellschaften**. Diese lehnen wir ab.

Für uns gilt daher: **Wer bei uns leben will, muss mit uns leben wollen!**

**Trotz der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes** in den letzten Monaten sind in unserem Land noch immer **knapp drei Millionen Menschen ohne Arbeit**.

**Qualifizierung und Fortbildung** haben deshalb für die CSU-Fraktion **Vorrang vor gezielter Anwerbung ausländischer Fachkräfte**. Wir müssen **zunächst das vorhandene Potential** an Frauen, älteren Menschen und schon hier lebenden Migranten **noch besser nutzen**.

Auch im Lichte des sich **infolge der demographischen Entwicklung abzeichnenden Fachkräftemangels** ist die Zuwanderung **von außerhalb der Europäischen Union** für uns **nicht die richtige Lösung**.

Denn **ab Mai 2011** gilt für **osteuropäische Arbeitskräfte** aus den jungen Mitgliedstaaten die **volle Arbeitnehmerfreizügigkeit**. Angesichts von **ca. 23 Mio. Arbeitslosen in der EU** gilt es, zunächst diese Ressourcen zu nutzen.

Daneben gibt es auch heute schon Möglichkeiten, **hochqualifizierte Arbeitskräfte** aus Ländern außerhalb der Europäischen Union zu gewinnen.

## Mehr Schutz im Internet

Durch **sogenannte „Kostenfallen“** im Internet entstehen den Verbraucherinnen und Verbrauchern **jährlich erhebliche Schäden**. Bei diesen unseriösen Angeboten können die Nutzer **häufig nur sehr schwer erkennen**, dass sie eine **kostenpflichtige Leistung** in Anspruch nehmen.

Um diese **Geschäftspraktiken in Zukunft zu unterbinden**, hat die CSU-Fraktion die **Staatsregierung** für den Fall, dass sich bis Anfang des Jahres 2011 keine einheitliche europäische

Regelung abzeichnet, **in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert**, sich im Bundesrat **für einen Gesetzentwurf einzusetzen**, der für im Internet geschlossene Verträge die sogenannte **„Button-Lösung“ vorsieht**.

Danach soll ein im Internet geschlossener Vertrag **nur noch dann wirksam** sein, wenn der Verbraucher oder die Verbraucherin **durch eine besondere optische und inhaltliche Gestaltung darauf hingewiesen wird**, dass die **Leistung entgeltlich** angeboten wird und die mit dem Vertrag ver-

bundenen **Gesamtkosten klar zu erkennen sind**. Dabei ist es **uns besonders wichtig**, dass der Bestätigungshinweis **bundesweit einheitlich** und

**für alle Internetanbieter verbindlich vorgeschrieben wird**.

### **Ausbau und Elektrifizierung der Strecke München-Mühldorf-Freilassing**

Für die CSU-Fraktion sind der **abschnittsweise Ausbau** und die **Elektrifizierung der wichtigen Güter- und Personenverkehrsstrecke** München-Mühldorf-Freilassing ein **Infrastrukturprojekt von höchster Priorität**. **Vordringlich** als nächste Teilmaßnahme ist dabei der **zweigleisige Ausbau zwischen Mühldorf und Tüßling**.

Rasche Fortschritte beim Ausbau der Bahnstrecke sind von **großer Bedeutung für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze im südostbayerischen Chiemedreieck**. Deshalb müssen vom Bund die **weiteren Planungsschritte** auch vor der endgültigen Klärung der

Finanzierung **vorangetrieben werden**, da **ansonsten die Gefahr besteht**, dass **große Unternehmensinvestitionen** zukünftig aufgrund der unzureichenden Bahnanbindung **verlagert werden**. Dies muss unbedingt verhindert werden.

Wir haben daher die **Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert**, sich gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG **mit Nachdruck für dieses Projekt einzusetzen** und zeitnah im Wirtschaftsausschuss über den Sachstand zu berichten.

### **Keine EU-Steuer**

In einem weiteren **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion die **Staatsregierung aufgefordert**, **allen Absichten der Europäischen Union entgegen zu wirken**, eine sogenannte „EU-Steuer“ einzuführen oder die Europäische Union an **nationalen Steuern und Abgaben zu beteiligen**.

Für uns ist eine Änderung des bestehenden Finanzierungssystems der Eu-

ropäischen Union **mit dem Charakter als Staatenverbund nicht vereinbar**. Sie **schwächte zudem die notwendige Haushaltsdisziplin auf EU-Ebene** und führte zu einer **insgesamt höheren Steuerbelastung von Bürgern und Unternehmen**, die wir aus volkswirtschaftlichen Gründen ablehnen.

## Keine Übernachtungssteuer in Bayern

Die CSU-Fraktion hat sich **dagegen ausgesprochen, neue kommunale Steuern auf Übernachtungen in Bayern einzuführen**, weil dies dem übergeordneten Ziel der Stärkung des Tourismus in Bayern widersprechen würde.

Die **Landeshauptstadt München** hatte der Regierung von Oberbayern eine Satzung über die Erhebung einer Aufwandssteuer für Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (sog. Übernachtungs- oder „Bettensteuer“) zur Genehmigung vorgelegt, die den Antrag mit Bescheid vom 25.10.2010 ablehnte.

Da es **auch in einigen anderen bayerischen Kommunen ähnliche Überlegungen gibt**, hat die CSU-Fraktion ihre Haltung hierzu **in dem Dringlichkeitsantrag formuliert**.

Für uns ist es **zwar verständlich**, dass die Kommunen angesichts der schwierigen Haushaltssituation versuchen, neue Einnahmequellen zu erschließen. Eine kommunale Übernachtungssteuer in bayerischen Gemeinden **machte jedoch alle Bemühungen zur Stärkung der für Bayern so wichtigen Tourismusbranche**, die sich immer noch in einer schwierigen Lage befindet, **zunichte**.

Die **volkswirtschaftlichen Nachteile** einer solchen Übernachtungssteuer würden **die Steuermehreinnahmen für die Gemeinden bei weitem übertreffen**.

Die bayerischen Tourismusbetriebe erzielen einen **jährlichen Umsatz von über 25 Milliarden Euro**, davon **rd. 20 % allein im Beherbergungsgewerbe**. Diese wichtige Querschnittsbranche sichert **insgesamt über 560.000 Menschen** in Bayern ihr Einkommen. Im **Beherbergungsgewerbe** allein arbeiten **rd. 123.000 Personen, 10.000 davon als Auszubildende**. Der Tourismus ist in Bayern einer der **bedeutendsten und dynamischsten Wirtschaftssektoren**, dem eine erhebliche regionalwirtschaftliche, arbeitsmarktwirtschaftliche, sozial- und gesellschaftspolitische Funktion zukommt.

Die Erhebung kommunaler Übernachtungssteuern würde **Investitionen im Beherbergungsgewerbe erschweren** und dessen **Wettbewerbsfähigkeit** aufgrund höherer Übernachtungsentgelte **verschlechtern**. Zudem würden die **Entlastungen des Beherbergungsgewerbes durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes abgeschöpft** und damit die Zielvorstellungen des Gesetzgebers konterkariert.

## Ausweitung der Hebammenleistungen

Eine **fachkundige Begleitung der Familien** in den besonders sensiblen **ersten Monaten nach der Geburt** des Kindes hilft, Überforderungssituationen zu erkennen und rechtzeitig Hilfen anzubieten.

Hebammen können hier **Lotsen und Brückenbauer zu weiteren Hilfsystemen** wie z. B. Ärzten oder Erziehungsberatungsstellen sein. Ihnen kommt daher eine **zentrale Vernetzungsfunktion** zu.

Für eine **nachhaltige Unterstützung** ist jedoch ein Zeitraum von gerade einmal **acht Wochen** nach der Geburt **vielfach zu kurz**. Daher ist aus unserer Sicht eine **Ausweitung der Heb-**

**ammenhilfe auf sechs Monate** anzustreben.

Wir haben daher die **Staatsregierung** in einem **interfraktionellen Antrag aufgefordert**, sich dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen und auch die privaten Krankenversicherungen **auf freiwilliger Basis die Finanzierung der Hebammenhilfe** von bislang bis zu acht Wochen nach der Geburt **auf sechs Monate ausweiten**.

Dabei sollen auch die Erfahrungen aus dem Modellversuch der Sozialministerien von Rheinland-Pfalz und Bayern mit den Allgemeinen Ortskrankenkassen beider Länder einfließen.

## Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln

Den Menschen die **Angst vor dem Sterben zu nehmen, sie nicht alleine zu lassen** und ihnen eine **letzte Lebensphase in Würde zu ermöglichen**, sind die zentralen Ziele der Hospiz- und Palliativversorgung, die **trotz der Fortschritte** der letzten Jahre in Bayern **noch vor großen Herausforderungen** steht.

Die CSU-Fraktion hat deshalb **gemeinsam mit Vertretern aus Praxis und Wissenschaft Lösungsansätze erarbeitet** und ein **Antragspaket** auf den Weg gebracht, mit dem bestehende Defizite in den Bereichen Hospiz- und

Palliativmedizin angegangen werden sollen.

In **insgesamt neun Anträgen** haben wir die **Staatsregierung insbesondere zu folgenden Maßnahmen aufgefordert**:

Es soll ein **ressortübergreifendes Rahmenkonzept** zur bedarfsgerechten allgemeinen und spezialisierten ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel erstellt werden, das im Expertenkreis erörtert werden soll.

Außerdem soll im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel die **Schaffung einer trägerneutralen Landesstelle** zur Beratung der Hospizgruppen sowie zur Vernetzung von Hospizarbeit und Palliativmedizin geschaffen werden.

Den **bayerischen Hochschulen** soll unter Beachtung ihrer Autonomie **empfohlen werden**, durch Prioritätensetzung im Rahmen ihrer Eigenzuständigkeit **weitere Lehrstühle für Palliativmedizin zu errichten**. Gemeinsam mit den zuständigen Stellen soll die **Fort- und Weiterbildung der Pflegekräfte in Palliativmedizin und Hospizarbeit unterstützt werden**. Dabei soll die

Staatsregierung **darauf hinwirken**, dass die Bayerische Landesärztekammer und die berufspolitischen Verbände das **palliativmedizinische Fortbildungsangebot für Allgemeinmediziner verstärkt**.

Außerdem soll die Staatsregierung Möglichkeiten prüfen, die **professionelle Begleitung der in der Hospizarbeit tätigen Ehrenamtlichen stärker zu unterstützen**. Vorbereitungskurse, Fortbildungsmaßnahmen, Seminare oder Supervisionsabende sind für die ehrenamtlich Tätigen unerlässlich, um die Eindrücke im Hospizdienst richtig verarbeiten zu können.

### Lernen und Bewegung: Lernmethode in der Grundschule

**Methoden zur Lernverbesserung durch Bewegung** werden an der Technischen Universität München seit geraumer Zeit erforscht und auch schon erfolgreich in der Praxis angewandt. Sie basieren auf der auch in der therapeutischen Arbeit angewandten **Erkenntnis, dass Bewegung im Gehirn eine positive Verstärkung von Erkenntnissen und Gelerntem bewirkt**.

Wir haben als CSU-Fraktion die **Staatsregierung deshalb in einem**

**Antrag aufgefordert**, die in der Lehrerbildung vermittelten, erprobten und **wissenschaftlich fundierten Methoden zur Lernverbesserung durch Bewegung** im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mitteln **verstärkt in die Lehrerfortbildung aufzunehmen**, damit Lehrer professionelle Handlungsanleitungen erhalten.

Besonders im Rahmen der ganztägigen Betreuung und in den Ganztagsklassen kann dies nach unserer Überzeugung gut umgesetzt werden.

### Weitere Maßnahmen und Initiativen

**Finanzmarktaufsicht effizienter gestalten**

Nach **geltender Rechtslage** hat die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen** die **Aufgabe**, die Einhaltung verbraucherschützender Vorschriften

durch Finanzdienstleistungsunternehmen zu überwachen. Gleichzeitig sind auch die Verbraucherverbände ermächtigt, auf der Grundlage des Unterlassungsklagegesetzes gegen Wertpapierdienstleistungsunternehmen vorzugehen, wenn diese ihre Wohlverhaltens- und Informationspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz nicht ordnungsgemäß erfüllen.

Die **Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat aber deutlich gezeigt**, dass in diesem Bereich noch **Verbesserungsbedarf** besteht.

Wir haben die **Staatsregierung daher in einem Antrag aufgefordert**, dem Landtag über **Möglichkeiten zu berichten**, die **staatliche Finanzmarktaufsicht zu stärken** und die **Zusammenarbeit mit den Verbraucherverbänden** bei Verstößen gegen anleger- und verbraucherschützende Vorschriften **effizienter zu gestalten**.

### **Jungpflanzenschutz im Wald**

In einem **weiteren Antrag** hat die CSU-Fraktion die **Staatsregierung aufgefordert**, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über **Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu berichten**, die dem Jungpflanzenschutz im Wald vor Wildverbiss dienlich sind.

### **Bahnlinie Selb-Asch**

Die CSU-Fraktion **befürwortet eine Reaktivierung der Bahnlinie Selb-Asch (CZ)**, um den **grenzüberschreitenden Verkehr** zwischen Bayern und der Tschechischen Republik **zu verbessern**.

Wir haben die **Staatsregierung daher in einem Antrag aufgefordert**, dafür Sorge zu tragen, dass die eingestellten **EFRE-Mittel bis zu einer Entscheidung über die Umsetzung der Reaktivierung verfügbar bleiben**, und sich gegenüber Bund und der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass die **notwendigen Komplementärmittel rechtzeitig eingestellt werden**.

### **Neuregelung der Förderschädlichkeit von Auflagenüberschneidungen bei Agrarumweltmaßnahmen**

Agrarumweltmaßnahmen honorieren freiwillige aktive Leistungen zur nachhaltigen umweltgerechten Bewirtschaftung der Kulturlandschaft. Sie verlangen ein aktives Bewirtschaften und gehen somit über spezifische Rechtsvorschriften (z. B. in Schutzgebietsverordnungen nach Naturschutzrecht) hinaus, die sich auf Verbote beschränken. Damit erfüllen sie gesellschaftliche Ziele, die durch Verbotsauflagen anderer Rechtsvorschriften bzw. privatrechtliche Vereinbarungen allein nicht erreicht werden.

In jüngster Zeit kommt es verstärkt zu für die betroffenen Landwirte **nicht mehr nachvollziehbaren Rückforderungen bei den Agrarumweltmaßnahmen**.

Vor diesem Hintergrund muss die **Prüfung der Auflagenüberschneidung bei Agrarumweltmaßnahmen neu geregelt werden**.

Die CSU-Fraktion hat es daher **in einem Antrag noch einmal ausdrücklich begrüßt**, dass sich die Staatsre-

gierung auf eine Richtlinienänderung zur Neuregelung der Auflagenüberschneidungen bei Agrarumweltmaßnahmen verständigt hat.

### **Unerwünschte Werbeanrufe**

In einem Dringlichkeitsantrag haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, sich im Wege einer Gesetzesinitiative **im Bundesrat dafür einzusetzen**, dass im Falle unzulässiger Telefonwerbung **fernmündlich geschlossene Verträge** zu ihrer Wirksamkeit einer **schriftlichen Bestätigung** bedürfen.

Trotz gesetzlicher Regeln, die u.a. vorsehen, dass bei Werbeanrufen ohne ausdrückliche Einwilligung der Verbraucher Bußgelder bis zu einer Höhe von 50.000 Euro fällig werden, zeigt sich, dass die **Belästigung durch ungewollte Telefonwerbung nach wie vor ungebrochen** ist. Deshalb ist eine **gesetzliche Regelung erforderlich**, um hier den notwendigen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erreichen.

# Reform der Bundeswehr

**Beschluss des  
Parteitags der Christlich-Sozialen Union  
am 29./30. Oktober 2010 in München**



## **Leitantrag des Parteivorstands „Reform der Bundeswehr“**

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Der 75. Parteitag der CSU stimmt den Vorschlägen des CSU-Vorstandes für eine Reform der Bundeswehr zu (gemeinsame Erklärung der Präsidien von CSU und CDU vom 26./27. September 2010).

### **Im Einzelnen:**

1. CDU und CSU sind die Parteien der Bundeswehr, weil wir davon überzeugt und bereit dazu sind, unsere freiheitliche und demokratische Ordnung zu verteidigen. Gemeinsam haben sie gegen erhebliche Widerstände die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland als Antwort auf die Bedrohung durch die damalige Sowjetunion durchgesetzt. Es waren CDU und CSU, die zugleich die allgemeine Wehrpflicht einführten. CDU und CSU stehen für die sicherheitspolitische Integration Deutschlands in den Westen, die Einbindung der Bundeswehr in das erfolgreichste Bündnis der Geschichte - die NATO -, die Bundeswehr als „Armee der Einheit“ und die Zugehörigkeit des wiedervereinigten Deutschlands zum nordatlantischen Verteidigungsbündnis. CDU und CSU verstehen sich als Anwalt der Soldatinnen und Soldaten. Unsere Parteien stehen für verantwortungsvolle Sicherheitspolitik.
2. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die sicherheitspolitische Lage Deutschlands grundlegend verändert. Seitdem ist unser Land ausschließlich von Freunden und Partnern umgeben. Die Wahrscheinlichkeit eines direkten, großangelegten konventionellen militärischen Angriffs auf unser Land ist derzeit gering. Dennoch können Deutschland und Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts von überall auf der Welt her bedroht werden.

Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr sind einer dynamischen Fortentwicklung unterworfen. Dabei bleiben auch künftig die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und die Beistandsfähigkeit im Bündnis wesentliche Bestandteile der Aufgabenbeschreibungen der Bundeswehr. Auslandseinsätze sind ein

wichtiger Bestandteil der Aufgabenbeschreibung, die sich aus unseren eingegangenen Bündnisverpflichtungen herleiten. Dieser Aufgabe stellen wir uns im Rahmen des Sicherheitssystems der Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern in der NATO und der Europäischen Union.

Nahezu 300 000 Soldatinnen und Soldaten waren bereits im Auslandseinsatz. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für die Sicherung der Freiheit unseres Landes und des Friedens in der Welt. Für die Bereitschaft, ihr Leben und ihre Unversehrtheit für unsere Sicherheit einzusetzen, gebührt ihnen unser Dank, unser Respekt und unsere Unterstützung.

Die größten Bedrohungen gehen heute von Terroristen, diktatorischen Regimen sowie instabilen und zerfallenen Staaten aus – im schlimmsten Fall in Verbindung mit Massenvernichtungswaffen. Deshalb bedeutet heute Verteidigung nicht mehr nur die Abwehr gegnerischer Streitkräfte an der Landes- und Bündnisgrenze, sondern vielmehr Abwehr und Bekämpfung von Gefahren, Instabilitäten und Bedrohungen am Ort ihres Entstehens. Auf diese Herausforderungen muss die Bundeswehr stärker als bisher ausgerichtet werden. Dabei werden vor allem hervorragend ausgebildete und mit modernem Gerät ausgerüstete Soldaten benötigt. Dies zeigt auch: Bei allen Transformationsüberlegungen geht es nicht darum, die Bundeswehr billiger, sondern für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen besser aufzustellen. Die Wehrreform darf nicht von der Haushaltslage bestimmt sein.

Das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ aus dem Jahr 2006 hat bereits die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und den daraus für die Bundeswehr folgenden Auftrag dargestellt. Angesichts der in den vergangenen vier Jahren gewonnenen, weiteren Erfahrungen bauen wir hierauf auf und entwickeln die Bundeswehr weiter.

Die künftige Truppenstärke der Bundeswehr ist so zu wählen, dass sie allen Aspekten der sicherheitspolitischen Aufgabenbeschreibung gerecht wird. CDU und CSU gehen davon aus, dass für die Bewältigung der gestellten Aufgaben

eine wesentlich größere Truppenstärke erforderlich sein wird als die bislang genannte absolute Untergrenze.

### 3. Die Präsidien von CDU und CSU

- teilen die Sicherheitsanalyse des Bundesministers der Verteidigung vom August 2010. Schlussfolgerung aus der Analyse ist, dass eine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr gegeben ist.
- unterstützen den Bundesminister der Verteidigung dabei, die Bundeswehr an den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Aufgaben auszurichten. Dies betrifft Personal, Ausrüstung und Struktur gleichermaßen – einschließlich des Verzichts zur Einberufung zum Grundwehrdienst unter den gegebenen sicherheitspolitischen Herausforderungen.
- begrüßen es zugleich, dass der Bundesminister der Verteidigung – bei einem bis auf weiteres geltenden Verzicht auf die Einberufung von Grundwehrdienstleistenden – die Möglichkeiten zum Ableisten des Freiwilligen Wehrdienstes ausbauen möchte.
- sprechen sich für die weitere rechtliche Verankerung der Wehrpflicht im Grundgesetz, für die weitere Erfassung junger Männer sowie für die Möglichkeit aus, die Verpflichtung zum Grundwehrdienst bei Bedarf durch ein einfaches Gesetz wieder aufleben zu lassen.
- setzen sich für eine gezielte Gewinnung qualifizierten Nachwuchses und Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr ein. Wir wollen alle Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung des Dienstes – sowohl für Zeit- und Berufssoldaten, als auch für Freiwillig Wehrdienstleistende – prüfen. Elemente hierfür könnten unter anderem sein dienstbegleitende berufsqualifizierende Maßnahmen, die bevorzugte Anrechnung von Dienstzeiten als Wartezeit für ein Studium, die Anerkennung des Dienstes in der Truppe als ein qualifizierendes Merkmal für eine Bewerbung auf andere Stellen im öffentlichen Dienst, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Erwerb des Führerscheins in der Truppe.

- Zur Leistungsfähigkeit von Streitkräften gehört auch eine moderne Ausrüstung. Eigene leistungsfähige rüstungstechnologische Fähigkeiten sind eine wesentliche Voraussetzung für einsatzfähige Streitkräfte und für die Mitgestaltung des europäischen Integrationsprozesses im Rüstungsbereich. Sie gewährleisten Kooperationsfähigkeit und sichern den Einfluss bei Entwicklung, Beschaffung und Betrieb von entscheidenden militärischen Systemen.
4. CDU und CSU sind sich bewusst, dass eine Veränderung der bislang bewährten Wehrform und -struktur einen tiefen Einschnitt in die sicherheitspolitische Kultur der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Auf Basis der sicherheitspolitischen Analyse des Bundesministers der Verteidigung hat sich für die Union insgesamt eine neue Situation ergeben. Die Wehrpflicht diente auch der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland wäre ohne die Einführung der Wehrpflicht nicht denkbar gewesen. Zugleich wurde das Konzept der „Inneren Führung“ mit dem Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ in der jungen Bundeswehr verankert. Diese Prinzipien haben sich bis heute in der „Armee der Einheit“ und in der „Armee im Einsatz“ bewährt. In den mehr als fünf Jahrzehnten ihres Bestehens hat die Bundeswehr gezeigt, dass sie fest in der Demokratie verwurzelt ist. Das Primat der Politik ist unangefochten. Die Zeit- und Berufssoldaten verstehen sich – ebenso wie die Grundwehrdienstleistenden – selbstverständlich als Söhne und Töchter dieses demokratischen Rechtsstaats. Sie selbst, ihre Familien, Freunde und Nachbarn garantieren die Verankerung in der Gesellschaft. Trotzdem gilt es für eine Bundeswehr im Einsatz umso mehr, ihre Aufgaben und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit zu erläutern. Jugendoffiziere, Patenschaften und beispielsweise öffentliche Vereidigungen und öffentliche Rückkehrerappelle waren und bleiben hierbei wichtige Elemente, bedürfen aber neuer Ergänzungen.
  5. Für die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Entsprechend hat sich die Präsenz der Bundeswehr in der Fläche bewährt. Sie ist ein wichtiges Element, um den Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu wahren. Es ist da-

von auszugehen, dass eine kleinere Bundeswehr in ihrem Gesamtumfang auch mit Reduzierungen bei den Standorten zu rechnen hat. Im Zuge der Erarbeitung der künftigen Wehrstruktur sind daher die Auswirkungen auf die Bundeswehrstandorte im Rahmen eines Standortkonzeptes mitzubeantworten. Bei der künftigen Stationierung der Bundeswehr gilt es, regionale Strukturfragen mit zu bedenken. Hierbei wirken Bund, Länder und Kommunen zusammen an einer gemeinsam zu erarbeitenden Lösung.

6. Grundwehrdienst, der bisherige Zivildienst und die Ersatzdienste im Katastrophenschutz waren über die gesetzliche Verpflichtung hinaus stets auch wichtige Möglichkeiten, sich für unser Land, seine Sicherheit und das soziale Miteinander zu engagieren. Es gilt nun, eine neue Kultur der Freiwilligkeit in Deutschland im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft zu fördern – nicht nur mit Blick auf den Einsatz für die Sicherheit und Freiheit unseres Landes. Ohne die verpflichtende Einberufung zum Grundwehrdienst entfallen auch die Ersatzdienste mit ihrer großen jugend- und sozialpolitischen Bedeutung. Ein Dienst an der Gemeinschaft bietet die große Chance, den Horizont zu erweitern und hierfür auch Anerkennung der Gesellschaft zu erhalten. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger des 21. Jahrhunderts das Verhältnis zum Staat und zur Gesellschaft neu entdecken und entwickeln.

Eine Aufwertung des persönlichen Engagements führt zur Stärkung des Gemeinnsinns, der Verantwortung für das Gemeinwesen und somit zu einer Stärkung der Bürgergesellschaft und der Demokratie. Mit Blick auf die soziale Infrastruktur tritt gerade in Zeiten des demographischen Wandels die dringende Notwendigkeit hinzu, auf soziale Berufe aufmerksam zu machen.

Nicht nur jungen, am Beginn ihres beruflichen Lebensweges stehenden Menschen bieten sich so Chancen des Kompetenzerwerbs. Für benachteiligte Jugendliche entstehen zudem Chancen des Einstiegs in ein geregeltes Berufsleben. Durch die in aller Regel neuen Erfahrungen im sozialen Bereich wird das Verständnis für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen gefördert und eine Klammer des gesellschaftlichen Zusammenhalts gezogen.

Der bisherige Zivildienst ist nicht vollständig ersetzbar. Wir benötigen ein Gesamtkonzept für freiwillige Dienste in unserer Gesellschaft. Wir begrüßen, dass die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Voraussetzungen dafür schaffen will, dass sich künftig möglichst viele jüngere wie ältere Menschen in attraktiven Freiwilligendiensten engagieren können. Auch hierfür müssen attraktive Anreize geschaffen werden. Wir setzen darauf, dass die Wirtschaft dieses freiwillige Engagement und die darin erworbenen Fähigkeiten Wert schätzt. Wir setzen uns nicht nur für ein neues Angebot sozialen Engagements als teilweisen Ersatz für den bisherigen Zivildienst ein, sondern wollen auch die bestehenden Freiwilligendienste der Länder stärken. Für den Aufbau tragfähiger und attraktiver Strukturen ist dabei eine enge Abstimmung zwischen dem Bund und den Ländern erforderlich.

7. Die Bundeswehr ist auf gut ausgebildete und motivierte Reservisten angewiesen. Die Streitkräfte brauchen optimal qualifizierte und motivierte Reservisten aller Dienstgrade mit besonderen zivilberuflichen Befähigungen, die in den Streitkräften häufig nicht oder nur in unzureichender Anzahl vorgehalten werden können. Von herausragender Bedeutung für die regelmäßig wehrübenden Reservisten ist zunehmend die Vereinbarkeit von militärischem (Teilzeit-) Dienst mit der zivilberuflichen Situation. Wir unterstützen die Bemühungen um ein neues Reservistenkonzept, das einer künftig gesteigerten Verantwortung von Reservisten Rechnung trägt.
8. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verlassen sich darauf, dass ihnen die Bundeswehr mit allen vorhandenen Kräften und Fähigkeiten auch im Inland rasch und wirksam hilft und, falls nötig, unsere Sicherheits- und Rettungskräfte im verfassungsmäßigen Rahmen unterstützt. Sei es zur Hilfe bei Schnee- und Hochwasserkatastrophen oder nach Großschadensereignissen, sei es zum Schutz lebenswichtiger Infrastruktur vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen in Unterstützung der Kräfte der inneren Sicherheit oder sei es, wenn Bürgerinnen und Bürger sonst in Not geraten sind: Die Bundeswehr bleibt – nicht vorrangig, aber ergänzend – auch ein Instrument der inneren Sicherheit.

Die Bundeswehr wird auch in Zukunft die Fähigkeiten bereitstellen, die im Rahmen der Amtshilfe voraussichtlich besonders dringend benötigt werden und den Rettungsdienst, die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und die Polizei wertvoll und wirksam ergänzen. Es gilt, einen starken Heimatschutz zu erhalten. Dies ist auch bei der Frage der Stationierung der Bundeswehr und der künftigen Rolle von Reservistinnen und Reservisten in besonderem Maße zu bedenken. Diesen kommt darüber hinaus eine noch größere Rolle als Mittler zwischen Gesellschaft und Streitkräften zu.

9. CDU und CSU bekennen sich zu unserer Bundeswehr sowie zu den Soldatinnen und Soldaten. CDU und CSU stehen für verantwortungsvolle Sicherheitspolitik. Wir führen Deutschland sicher in die Zukunft.

# Beitragsanpassung

**Beschluss des  
Parteitags der Christlich-Sozialen Union  
am 29./30. Oktober 2010 in München**



# Leitantrag des Parteivorstandes „Beitragsanpassung“

## Der Parteitag möge beschließen:

Der 75. Parteitag der CSU stimmt der vom CSU-Vorstand vorgeschlagenen Reform der Beitragsordnung zu. Der CSU-Parteitag schließt sich der Bewertung des CSU-Vorstandes an, dass mit einer moderaten Beitragserhöhung ab 2011 dem Gebot einer vorausschauenden Finanzplanung Rechnung getragen wird.

## A. Begründung:

Die CSU ist eine solide finanzierte Partei. Dieses Markenzeichen unserer Parteiarbeit wollen wir bewahren. Wir wollen heute die Voraussetzung dafür schaffen, unsere finanzielle Solidität auch in Zukunft zu erhalten. Diesem Ziel dient eine moderate Beitragserhöhung. In den kommenden Jahren steht die CSU vor enormen finanziellen Herausforderungen. Die Wahljahre 2013 mit Landtags-, Bezirkstags- und Bundestagswahlen und 2014 mit Kommunal- und Europawahlen erfordern eine vorausschauende Finanzplanung. Mit der geplanten Beitragserhöhung ab 2011 vermeiden wir eine angespannte finanzielle Situation nach diesen vier Wahlkämpfen.

Die letzte Beitragsreform der CSU liegt zehn Jahre zurück. Seither sind die Kosten für alle Parteien, auch für die CSU, massiv gestiegen. Trotz großer Sparanstrengungen ist eine Beitragserhöhung deshalb notwendig. Dennoch bleibt die CSU mit weitem Abstand die Partei mit den niedrigsten Beiträgen in Deutschland.

Bei den künftigen Beiträgen soll es sozial ausgewogen, ehrlich und gerecht zugehen. Mit unserem neuen Finanzstatut greifen wir die gelebte Parteiwirklichkeit auf. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache Schultern. Auch in Zukunft setzen wir auf einen besonderen Beitrag unserer Amts- und Mandatsträger und wollen, dass per Saldo mehr Geld bei unseren Verbänden vor Ort bleibt.

### 1. Wir schlagen drei Beitragsstufen vor:

- **Basisbeitrag:** Der Basisbeitrag wird auf 62 Euro pro Jahr festgelegt. Das bedeutet eine Mehrbelastung um einen Euro pro Monat. Nach Steuern bedeutet dies eine jährliche Zusatzbelastung von sechs Euro.

- **Reduzierter Beitrag:** Für alle Geringverdiener (unterhalb der Einkommensteuergrenze), z.B. Studenten und Rentner, bleibt es auf Antrag bei dem bisherigen Beitragssatz von 50 Euro pro Jahr. Auch den Familienbeitrag halten wir mit 30 Euro je zusätzlichem Familienmitglied stabil. Auch in Zukunft können Mitglieder der Jungen Union auf Antrag einen halbierten Beitrag bezahlen.
  
  - **Leistungsbeitrag:** Bezieher höherer Einkommen ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 40.000 Euro sollen auf freiwilliger Basis (Selbsteinschätzung) einen Leistungsbeitrag von 120 Euro jährlich entrichten, Bezieher hoher Einkommen ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 60.000 Euro auf freiwilliger Basis (Selbsteinschätzung) einen Leistungsbeitrag von 200 Euro pro Jahr. Nach wie vor bleiben auch andere Beitragshöhen möglich.
2. **Wir setzen auch in Zukunft auf einen besonderen Beitrag unserer Amts- und Mandatsträger.** Die Regelungen für den besonderen Beitrag unserer Amts- und Mandatsträger wollen wir durch eine Umstellung der Fixbeträge auf Prozent-Regelungen vereinfachen und im Ergebnis vor allem gerechter machen. Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete sollen künftig einen Mandatsträgerbeitrag von 6,5 Prozent der jeweiligen Abgeordnetendiäten entrichten. Ebenso sollen Minister und Staatssekretäre 6,5 Prozent ihres Amtsgehaltes als Mandatsträgerbeitrag entrichten. Bei den kommunalen Wahlbeamten werden die A-Besoldungsstufen mit 4 Prozent des jeweils aktuellen Grundgehaltssatzes und die B-Besoldungsstufen mit 4,5 bzw. 5 Prozent des jeweils aktuellen Grundgehaltssatzes bemessen.
  
  3. **Wir wollen, dass per Saldo mehr Geld bei unseren Verbänden verbleibt.** Alle Beiträge über dem Basisbeitrag verbleiben zu 100 Prozent bei den einziehenden Verbänden. Die Struktur der Beiträge zwischen den Parteigliederungen bleibt wie bisher. Zahlt ein Mitglied den Leistungsbeitrag, verbleibt damit die Differenz zum Basisbeitrag vollständig beim einziehenden Verband, in der Regel beim Ortsverband.

Für den Basisbeitrag von 62 Euro ergibt sich folgende Verteilung und folgender Mehrerlös pro Mitglied:

Beitragsaufteilung:		Mehrerlös je Mitglied:
Ortsverband	11,66 €	2,26 €
Kreisverband	11,66 €	2,26 €
BWK	5,02 €	0,97 €
Bezirksverband	2,66 €	0,51 €
Landesverband	31,00 €	6,00 €

Beim verminderten Beitrag von 50 Euro bleibt es bei der bestehenden Beitragsaufteilung:

Ortsverband	9,40 €
Kreisverband	9,40 €
BWK	4,05 €
Bezirksverband	2,15 €
Landesverband	25,00 €

Beim Leistungsbeitrag von z.B. 120 Euro ergibt sich folgende Verteilung:

Ortsverband	69,66 €
Kreisverband	11,66 €
BWK	5,02 €
Bezirksverband	2,66 €
Landesverband	31,00 €

Die Aufteilung der Mitgliedsbeiträge erfolgt in dem Bewusstsein, dass sich das Parteivermögen vor allem bei den nachgeordneten Verbänden befindet.

#### 4. **Wir wollen eine größere Beteiligung von Frauen in der CSU**

Wir wollen, dass mehr Frauen aus der Frauen-Union den Weg in die CSU finden. Bisher sind rund 40 Prozent der Mitglieder der Frauen-Union auch Mitglieder der CSU. Diesen Anteil wollen wir steigern. Dazu werden wir finanzielle Hürden abbauen. Deshalb wollen wir der Frauen-Union die finanziellen Nachteile ausgleichen, die ent-

stehen, wenn zukünftig ein Mitglied der Frauen-Union in die CSU eintritt. Damit wollen wir erreichen, dass mehr Mitglieder der Frauen-Union auch Mitglieder der CSU werden.

5. **Wir erwarten, dass die Sparpotenziale der CSU-Landesleitung weiter ausgeschöpft und dabei auch die Kosten des Bayernkuriers deutlich gesenkt werden.** Wir sind überzeugt, dass auch der Bayernkurier durch strikte Kostendisziplin einen deutlichen Sparbeitrag erbringen wird.

Zugleich wollen wir die Personalausgaben trotz Tarifierpassung so weit als möglich stabil halten. Von den Mitgliedern geforderte zusätzliche Aufgaben der CSU-Landesleitung, wie verbesserte Serviceangebote, wollen wir durch strukturelle Straffungen abdecken.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die CSU-Landesleitung und der Bayernkurier bereits in den letzten Jahren Sparpotenziale konsequent genutzt und ausgeschöpft haben.

## **B. Vorschlag des Parteivorstandes zur Änderung der Beitragsordnung:**

Daher schlagen wir dem Parteitag vor, unsere Beitragsordnung, wie in der folgenden Synopse dargestellt, zu ändern.

# **7-Punkte-Integrationsplan**

-

**Für ein soziales Miteinander  
und gemeinsame Werte in Deutschland**

**Beschluss des  
Parteitags der Christlich-Sozialen Union  
am 29./30. Oktober 2010 in München**

# **Leitantrag des Parteivorstands „7-Punkte-Integrationsplan“**

## **Für ein soziales Miteinander und gemeinsame Werte in Deutschland**

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Der 75. Parteitag der CSU stimmt den Vorschlägen des CSU-Vorstandes für einen 7-Punkte-Integrationsplan zu.

### **Im Einzelnen:**

Gelingende Integration ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft unseres Landes. Der weitaus überwiegende Teil der Migranten hat sich in Deutschland gut integriert, spricht unsere Sprache und leistet seinen Beitrag in Beruf, Familie und Ehrenamt. Beispielhaft für eine gelungene Integration sind alle Migranten und ihre Familien, die in Deutschland eine neue Heimat gesucht und gefunden haben.

Der Leitgedanke gelingender Integration ist: Integrationswillige müssen gefördert werden, an Integrationsunwillige müssen klare Forderungen gerichtet werden. Mit diesem Leitgedanken hat Bayern gute Erfolge bei der Integration vorzuweisen. In Bayern ist die Erwerbstätigenquote von Migranten mit rund 70 Prozent am höchsten im Ländervergleich und gleichzeitig das Armutsrisiko mit 18 Prozent am geringsten. Die frühzeitige Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen wird in Bayern besonders groß geschrieben. Obwohl bayerische Großstädte einen höheren Anteil an Ausländern haben als viele andere deutsche Großstädte, läuft die Integration bei uns deutlich besser.

Integration bedeutet ein Miteinander, nicht ein Nebeneinander oder gar Gegeneinander. Deshalb muss jeder, der bei uns leben will, auch mit uns leben wollen. Wer dauerhaft bei uns leben will, muss sich in die deutsche Leitkultur auf der Basis des Grundgesetzes und dessen Wertesystems integrieren und unsere Sprache lernen.

Integrationsverweigerung ist auch eine soziale Frage in Deutschland. Gerade die Schwächeren in unserer Gesellschaft haben die Folgen fehlender Integration in ih-

rem täglichen Leben zu tragen. Wer für eine soziale Politik eintritt, der muss bestehende Integrationsdefizite klar benennen und ihre Lösung vorantreiben. Mangelnde Sprachkenntnisse und Bildungsarmut selbst in der zweiten und dritten Generation von Migrantenfamilien, Unterdrückung von Frauen und Mädchen, Zwangsehen, intoleranter religiöser Extremismus bis hin zu Sympathien oder gar Unterstützung für den internationalen Terrorismus dürfen in Deutschland nicht akzeptiert werden. Toleranz kann nicht gegenüber denen gezeigt werden, die selbst nicht tolerant sind. Toleranz darf nicht zum Opfer ihrer selbst werden.

### **1. Deutschland ist kein klassisches Zuwanderungsland**

Ungesteuerte Zuwanderung birgt das große Risiko neuer Integrationsprobleme. Ein prognostizierter Fachkräftemangel kann kein Freibrief für ungesteuerte Zuwanderung sein. Der Zuzug von Hochqualifizierten und von Fachkräften ist ausreichend geregelt.

Hochqualifizierte mit einem Jahresgehalt von mindestens 66.000 Euro sowie Professoren und Wissenschaftler erhalten sofort ein Daueraufenthaltsrecht in Deutschland, ohne dass weitere Prüfungen stattfinden. Studierende können ein Jahr lang nach Studienabschluss in Deutschland eine Arbeit suchen. Ausländische Fachkräfte können unabhängig von Einkommensgrenzen bei uns arbeiten, wenn ein konkreter Arbeitsplatz vorhanden ist, kein hier lebender Bewerber zur Verfügung steht und kein Lohndumping betrieben wird. Bei Fachkräftemangel kann die Bundesagentur für Arbeit für einzelne Branchen oder Berufsgruppen die Besetzung mit ausländischen Bewerbern sogar ohne Vorrangprüfung generell zulassen, wovon bislang kein Gebrauch gemacht worden ist. Für EU-Bürger gelten überhaupt keine Einschränkungen. Deshalb:

- Ausschöpfung des heimischen Arbeitsmarktes: Qualifizierung statt Zuwanderung. Das heißt u.a. Reduzierung von Schulabbrecherquoten, Nutzung des vorhandenen Potenzials insbesondere auch von älteren Arbeitnehmern und bereits im Land lebenden Migranten. Das bedeutet, dass ausländische Bildungsabschlüsse nicht mehr so restriktiv behandelt werden wie bisher. Drei Millionen Menschen in Deutschland suchen Arbeit. Sie zu qualifizieren, ist unsere vordringliche Aufgabe. Dazu ist auch die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen. Dies ist soziale Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland und dies schafft

Teilhabe und Chancen auch für alle Migranten, die hier bereits leben und sich gut integriert haben. Die Vertretung der Interessen der bereits hier lebenden Arbeitnehmer muss an erster Stelle stehen.

- Ausschöpfung des Arbeitsmarktes der Europäischen Union:  
Ab 2011 gilt volle Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer in der EU, auch für die osteuropäischen Beitrittsländer.
- Zuwanderung aus Drittstaaten im Bereich der Hochqualifizierten und Fachkräfte: Hier darf es keine Aufweichung der Regeln des geltenden Zuwanderungsrechts, keine Zuwanderung nach Kontingenten oder Punktesystemen geben.
- Wir wollen offen sein für die besten Köpfe der Welt. Das kann aber kein Freibrief für eine uneingeschränkte Zuwanderung sein.
- Es darf keine weitere Zuwanderung in unsere Sozialsysteme geben. Stattdessen müssen bei denen, die zu uns kommen, Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit vorhanden sein. Ungesteuerter Zuzug von Arbeitskräften von außerhalb der EU ist zu verhindern. Dazu sind alle gesetzlichen Möglichkeiten in Deutschland und Europa auszuschöpfen.
- Das Asylrecht aus politischen oder humanitären Gründen, zu dem sich die CSU als christliche Partei eindeutig bekennt, bleibt unberührt. Asylverfahren müssen schneller abgeschlossen werden. Die anerkannten Asylanten müssen integriert und die abgelehnten Asylbewerber abgeschoben werden.

## **2. Restriktive Handhabung des Familiennachzugs**

Der wesentlich auf Betreiben der CSU 2007 eingeführte Sprachnachweis für Ehegatten vor dem Zuzug zeigt erste Erfolge. Deshalb:

- Der Sprachnachweis muss mit aller Konsequenz eingefordert werden.
- Für den Nachzug von Kindern soll das Alter, ab dem die deutsche Sprache beherrscht werden muss, von 16 auf 12 Jahre herabgesetzt werden. Je jünger Kinder bei der Einreise sind, desto besser können sie sich integrieren und desto größer sind ihre Chancen auf Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Hier muss auf eine Änderung der entsprechenden EU-Richtlinie hingewirkt werden.



### **3. Integrationswillige Migranten fördern, Integrationsverweigerung nicht hinnehmen und konsequent sanktionieren**

Jeder Integrationswillige hat Anspruch auf Förderung und Unterstützung. Wer nicht bereit ist, sich zu integrieren, muss konsequent sanktioniert werden. Deshalb:

- Jeder mit Integrationsbedarf bekommt einen Platz in Integrations- und Deutschkursen. Dafür stellt der Bund ein flächendeckendes Angebot an Integrationskursen sicher, die Finanzierung dazu wird aufgestockt. Jeder Integrationswillige bekommt zielgenaue Unterstützung bei Arbeitssuche, Qualifizierung und Weiterbildung.
- Die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten bei Integrationsverweigerung vom Bußgeld bis zu Leistungskürzung und Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis müssen konsequent angewendet werden.
- Wer die Integration seiner Familienangehörigen behindert, wird wie bei eigener Integrationsverweigerung sanktioniert.

### **4. Integration heißt Deutsch-Lernen**

Eine Gesellschaft des Miteinander funktioniert nur, wenn alle dieselbe Sprache sprechen. Deshalb:

- Das Prinzip Deutsch vor Einschulung muss in allen Bundesländern gelten.
- Das Prinzip Deutsch vor Zuzug muss konsequenter verfolgt werden. Das Sprachniveau muss die Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt gewährleisten. Hierfür ist der Nachweis der deutschen Sprache bereits im Herkunftsland zu erbringen. Eine Ausnahme kann nur bei Hochqualifizierten und Fachkräften gelten, die einen Arbeitsplatz nachweisen, für den Inländer nicht zur Verfügung stehen.
- Das Prinzip Deutsch vor Zuzug muss auch für Imame gelten, weil in Moscheen in Deutschland auf Deutsch gepredigt werden soll.

### **5. Integration durch Teilhabe und Arbeit**

Das Ziel auch in der Integrationspolitik muss sein: aktivieren statt alimentieren!

Deshalb:

- Arbeitsuchende müssen Deutsch können. Wer sich der deutschen Sprache verweigert, verweigert sich der Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt und wird mit Leistungskürzung sanktioniert. Dies muss generell und konsequent umgesetzt werden.
- Eingliederungsvereinbarungen der Jobcenter mit Migranten sollen verstärkt auf Integrationsfortschritte hin weiterentwickelt werden. Elemente können neben verpflichtenden Angeboten zu Weiterbildung und Arbeitsaufnahme ein Einstufungstest zur Feststellung des Sprachniveaus sowie die verpflichtende Teilnahme an einem Integrationskurs sein.
- Damit die Ausländerbehörden und Jobcenter konsequent gegen Integrationsverweigerung vorgehen können, erhalten sie Zugriff auf die Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

## **6. Keine Abschottung in Parallelgesellschaften**

Die Verhinderung von Parallelgesellschaften ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb:

- Die Verhinderung von Parallelgesellschaften muss eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche werden: im Einwanderungsrecht, in der Bildungspolitik, in der gesamten Gesellschaftspolitik.
- Vor allem in der Städtebauförderung und Stadtentwicklung sind konkrete Programme gegen die Entstehung von Migrantenquartieren vorzusehen und auszubauen.
- Die Städtebauförderung muss dazu auf hohem Niveau erhalten bleiben und Planungssicherheit für die Kommunen ermöglichen.
- Kommunen müssen ihre Steuerungsmöglichkeiten nutzen, damit keine übermäßige Konzentration ausländischer Mitbürger in bestimmten Stadtvierteln entsteht.

## **7. Integration und Zusammenhalt brauchen gemeinsame Werte**

Jede humane und solidarische Gesellschaft braucht einen Wertekonsens, der im Alltag freiwillig und aus Überzeugung gelebt wird. Deshalb:

- Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit müssen als zusätzliche Voraussetzung für gelingende Integration eingefordert werden.

- Die Einbürgerung ist als Abschluss erfolgreicher Integration zu verstehen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft über die bestehende Optionsregelung hinaus und eine Erweiterung des kommunalen Ausländerwahlrechts über die EU-Bürgerschaft hinaus schaden dem eindeutigen Bekenntnis zu Deutschland und sind abzulehnen.
- Integration muss ein klares Ziel haben. Integration heißt nicht, nebeneinander, sondern miteinander leben auf dem gemeinsamen Fundament der Werteordnung unseres Grundgesetzes und unserer deutschen Leitkultur, die von den christlich-jüdischen Wurzeln und von Christentum, Humanismus und Aufklärung geprägt ist. Unser demokratischer Rechtsstaat garantiert unveräußerliche individuelle Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit sowie Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sie stehen für niemanden zur Disposition. Dies ist der Maßstab für gelingende Integration, für eine starke und soziale Gemeinschaft und für den Zusammenhalt in Deutschland aus innerer Überzeugung.

Die Integration von heute wird das Gesicht unserer Gesellschaft von morgen prägen. Deutschland ist ein Land mit gewachsener Tradition, das seine Identität nicht über Zuwanderer und deren Herkunftsländer definiert, wie dies bei klassischen Einwanderungsländern der Fall ist. Wir wollen, dass unsere Gesellschaft auch künftig auf der Werteordnung fußt, wie sie aus dem Grundgesetz, der Bayerischen Verfassung und unserer christlich-abendländischen Tradition hervorgeht. Dem muss Integrationspolitik Rechnung tragen. Hier darf es keine Kompromisse geben. Die CSU steht für diese Werte. Sie bilden die Grundlage unseres Handelns.

Bayern ist eine der ältesten Kulturnationen Europas. Wir sind stolz auf unsere mehr als tausendjährige Geschichte. Uns Bayern verbindet eine starke und gewachsene Identität. Die CSU will diese Identität Bayerns erhalten und an die kommenden Generationen weitergeben. Deswegen setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Integrationspolitik.

# **Jahr für die Gemeinschaft**

**Beschluss des  
Parteitags der Christlich-Sozialen Union  
am 29./30. Oktober 2010 in München**

## **Leitantrag des Parteivorstands „Jahr für die Gemeinschaft“**

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Der 75. Parteitag der CSU stimmt den Vorschlägen des CSU-Vorstandes für die Einführung eines „Jahres für die Gemeinschaft“ als Rahmen für eine einheitliche Gestaltung freiwilligen Engagements zu.

### **Im Einzelnen:**

Die geplante Bundeswehrreform stellt uns vor eine große Herausforderung für die Zukunft des Zivildienstes und der bisherigen Ersatzdienste. Wir treten dafür ein, diese Herausforderung als Chance zu begreifen, um in Deutschland eine neue Kultur der Freiwilligkeit zu etablieren und neuen Schub für die Aktive Bürgergesellschaft zu entfachen. Wir wollen deshalb ein „Jahr für die Gemeinschaft“ als Rahmen für eine einheitliche Gestaltung freiwilligen Engagements einführen, so wie ein freiwilliger Dienst bei der Bundeswehr in ähnlichem zeitlichen Rahmen dieser Kultur der aktiven Bürgergesellschaft ebenso entspricht.

### **Eine neue Kultur der Freiwilligkeit aus dem Geiste der Aktiven Bürgergesellschaft**

Starker Staat und Aktive Bürgergesellschaft gehören zusammen. Wir wollen, dass Deutschland ein starkes und solidarisches Gemeinwesen hat, in dem sich unsere Bürgerinnen und Bürger als Verantwortungsgemeinschaft verstehen. Wir wollen den Staat nicht auf ein Dienstleistungsunternehmen reduziert sehen, an das der Bürger wie als Kunde lediglich Ansprüche anmeldet. Sondern der Staat ist unsere gemeinsame Aufgabe, die wir gemeinsam aktiv gestalten wollen.

Die Aktive Bürgergesellschaft ist die Antwort auf Tendenzen der Distanzierung zu Staat und Gemeinwesen. Das soziale Leben in Familie, Nachbarschaft, privaten Initiativen, Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften ist der Grundstock unserer Gemeinschaft. Es ist der falsche Weg, aus diesem funktionierenden sozialen Leben immer mehr Aufgaben und Bereiche herauszuverlagern und an den Staat zu delegieren. Es

ist ein Irrglaube, dass der Staat alles besser könnte und dass er das Miteinander und den unmittelbaren Kontakt in den kleineren sozialen Einheiten ersetzen könnte.

Die Aktive Bürgergesellschaft ist ein Kernthema der CSU. Sie fußt auf unserem christlichen Menschenbild. Weder ist der Mensch ein isoliertes Einzelwesen, noch geht er als bloßes Objekt im Staat auf. Sondern der Mensch gestaltet sein Leben, indem er sich aktiv in das soziale Miteinander einbringt. Das christliche Menschenbild ist damit der ursprüngliche Keim, aus dem sich die konservative, die liberale und die soziale Wurzel unserer Politik speisen. Die CSU ist daher wie keine andere Partei in der Lage, den Prozess der Aktiven Bürgergesellschaft voranzutreiben und zu gestalten.

### **Attraktive Rahmenbedingungen:**

Damit sich möglichst viele Menschen für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheiden, brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen:

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, der darf dadurch **keine Nachteile in Beruf oder Ausbildung** haben.

- Wir wollen, dass Berufstätige, die ihren Beruf für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ unterbrechen, für diese Zeit eine Arbeitsplatzgarantie haben.
- Wir wollen, dass Studierende und Auszubildende während des „Jahres für die Gemeinschaft“ ihren Studien- bzw. Ausbildungsplatz behalten und danach ihre Ausbildung unmittelbar fortsetzen können.

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, der darf dadurch **keine Nachteile in der Sozialversicherung** haben.

- Wir wollen, dass während des „Jahres für die Gemeinschaft“ ausreichender Sozialversicherungsschutz (Kranken- und Arbeitslosenversicherung) besteht.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bei der Rentenversicherung angerechnet wird.

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, der soll dadurch **Vorteile bei Ausbildung, Arbeitsplatz und beruflichem Fortkommen** haben.

- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen findet, wenn die geleistete Tätigkeit Aufschluss über die Studieneignung gibt. Hierzu sind Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, Ausbildungsträgern und der Wirtschaft zu treffen.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ auf Ausbildungszeiten in fachverwandten Berufen und als Praktikum in fachverwandten Studiengängen angerechnet werden kann.
- Wir wollen, dass junge Menschen, die ein „Jahr für die Gemeinschaft“ leisten, Erleichterungen bei Aufwendungen für Bildung und Ausbildung bekommen.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei der Vergabe von bestimmten Stipendien finden kann.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Angebote zur beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung gemacht werden.
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei Einstellungen und Beförderungen im Öffentlichen Dienst findet (als besondere Qualifizierung für die Ausübung der Tätigkeit in dem jeweiligen Bereich, unter Umständen auch generell als sekundäres Auswahlkriterium bei gleicher Eignung und Leistung).
- Wir wollen, dass das „Jahr für die Gemeinschaft“ bevorzugte Berücksichtigung bei Einstellungen und innerbetrieblichem Aufstieg in der Wirtschaft findet. Dazu sollen Bündnisse mit der Wirtschaft geschlossen werden.

Wer sich für ein „Jahr für die Gemeinschaft“ entscheidet, soll **zusätzliche Unterstützungsleistungen** erhalten.

- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Anspruch auf Aufwandsentschädigung und Fahrtkostenerstattung besteht.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherungsschutz besteht.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ staatliche oder staatlich geförderte Dienstleistungsangebote vergünstigt genutzt werden können.

- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ der Hauptschulabschluss im Wege des parallelen Zusatzunterrichts gemacht werden kann.
- Wir wollen, dass im „Jahr für die Gemeinschaft“ Infrastruktureinrichtungen der Bundeswehr mitbenutzt werden können, etwa zum Erwerb des Führerscheins.

Die Bereitschaft, sich für einen bestimmten Zeitabschnitt freiwillig für das Gemeinwohl zu engagieren, ist groß in unserer Gesellschaft. Jeder Dritte in Deutschland über 14 Jahre ist freiwillig oder ehrenamtlich tätig. In Bayern sind dies 3,8 Millionen Menschen. Bundesweit gibt es über 60.000 Zivildienstleistende, rund 37.000 engagieren sich in FSJ und FÖJ.

Ein „Jahr für die Gemeinschaft“ dient zugleich dem Gemeinwesen wie auch der beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung der darin engagierten Menschen aller Generationen: Es schafft Lern- und Erfahrungsräume und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Junge Menschen lernen in diesem Dienst in besonderer Weise, Verantwortung für andere zu übernehmen. Sie erwerben persönliche, praktische, gesellschaftliche und soziale Schlüsselqualifikationen. Für benachteiligte Jugendliche entstehen durch die praktische Bewährung im Freiwilligendienst zudem Chancen des Einstiegs in ein geregeltes Berufsleben. Auch für ältere Menschen eröffnet freiwilliges Engagement die Chance auf sinnerfüllte Betätigung, in der sie der Gemeinschaft ihren Erfahrungsschatz und ihre Kompetenz weitergeben können.

### **Leitgedanken für das „Jahr für die Gemeinschaft“:**

Das „Jahr für die Gemeinschaft“ soll von folgenden Leitgedanken geprägt sein:

1. Das „Jahr für die Gemeinschaft“ soll gleichwertige Bedingungen für alle freiwilligen Dienste bieten, also insbesondere in den Bereichen des bisherigen Ersatzdienstes (Zivildienst), des Katastrophenschutzes, des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres. Es richtet sich vor allem an junge Menschen, soll aber im Rahmen der Möglichkeiten Menschen aller Altersgruppen offen stehen. Es soll eine möglichst gleichwertige finanzielle und ideelle Anerkennung zwischen den verschiedenen Tätigkeitsfeldern gewährleisten.



2. Die unterschiedlichen Tätigkeiten und Träger im „Jahr für die Gemeinschaft“ sollen untereinander keine verdrängende Konkurrenz, sondern eine die vielfältigen Aspekte freiwilligen Engagements fördernde Ergänzung entfalten.
3. Die vorhandenen bewährten Strukturen des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres sollen ausgebaut werden. Künftig sollen alle Plätze, die die Träger von FSJ und FÖJ anbieten wollen, auch entstehen können. Dazu sollen neue Plätze in den Freiwilligendiensten vorrangig in diesen Bereichen geschaffen werden. Dazu ist es notwendig, die bestehende Bundesförderung zu erhöhen, auch auf regional tätige Träger, und auf deutlich mehr Plätze als bisher zu erstrecken.
4. Der Bundeswehr ist die Möglichkeit zu geben, im Rahmen ihrer Reformbemühungen für vergleichbare attraktive Bedingungen innerhalb der Freiwilligendienste Sorge zu tragen.

# „Leitbild 2010plus“

**Beschluss des  
Parteitags der Christlich-Sozialen Union  
am 29./30. Oktober 2010 in München**

## **Leitantrag des Parteivorstands „Leitbild 2010plus“**

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Der 75. Parteitag der CSU stimmt den Vorschlägen des CSU-Vorstandes für eine mitgliederorientierte Parteiarbeit und mitgliederorientierte Parteistrukturen zu und beauftragt den CSU-Generalsekretär, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen und dem CSU-Parteitag hierüber zu berichten.

### **A. Begründung**

Wir sind der Überzeugung, dass demokratische Willensbildung durch Elemente der unmittelbaren Teilhabe jedes Einzelnen auf eine noch breitere Basis gestellt werden kann. Teilhabe ist der Schlüssel zu einem zeitgemäßen Staats- und Gesellschaftsverständnis. Teilhabe ist die Grundlage für eine lebendige Demokratie und eine moderne Parteiarbeit. Engagierte Bürger fordern heute mehr Mitsprache bei ihren politischen Anliegen ein als früher. Das gilt auch für die CSU: Auch unsere Mitglieder wollen am politischen Entscheidungsprozess unmittelbar mitwirken können. Wie keine andere politische Kraft kann ihnen die CSU dieses Angebot machen. Sie ist die Partei zum Mitmachen.

Mehr als jede andere Partei steht die CSU für eine moderne Politik der Teilhabe. Sie schöpft ihre Kraft aus der Mitte unserer Gesellschaft. Ihre Basis ist das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder. Die CSU ist mehr als eine Partei. Sie ist die große Bürgerbewegung in und für Bayern, für ganz Deutschland und für Europa. Das war und ist unser Anspruch seit vielen Jahrzehnten. Danach richten wir unsere Politik aus. In diesem Sinne gestalten wir auch unsere Strukturen.

Unter dem Vorsitz von Franz Josef Strauß hat der seinerzeitige Generalsekretär Gerold Tandler vor fast 40 Jahren die CSU strukturell und organisatorisch zur fortschrittlichsten Partei in Deutschland gemacht. In den 70er Jahren ist es gelungen, die CSU von der Honoratiorenpartei zur Volkspartei umzugestalten. Um ihre Spitzenstellung zu bewahren, muss sich die CSU auf die neuen gesellschaftlichen

Bedingungen einstellen. Heute geht es darum, die CSU als große Volkspartei zu erhalten und zur Mitmachpartei fortzuentwickeln.

Auf Initiative unseres CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer und seines Generalsekretärs Alexander Dobrindt sowie der stellvertretenden Generalsekretärin Dorothee Bär haben wir deshalb auf unserem letzten Parteitag im Jahr 2009 eine Strukturreform der CSU beschlossen, die wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern entwickeln. Der Name dafür ist Programm: „Leitbild 2010plus“. Auch dieser Reformprozess ist einzigartig in der deutschen Parteienlandschaft. Denn er entspringt aus der Mitte unserer Partei, aus dem Engagement unserer Mitglieder in den Orts- und Kreisverbänden. Sie sind der größte Schatz unserer Partei.

Wir begrüßen das große Engagement unserer Mitglieder bei den Diskussionen über offene und moderne Parteistrukturen. In mehr als 100 Veranstaltungen haben sich unsere Mitglieder in allen Teilen Bayerns mit Herzblut in den Leitbildprozess eingebracht: Sie haben mit ihrem reichen Erfahrungsschatz aus der konkreten und alltäglichen Parteilarbeit das Fundament der Erneuerung gelegt. Sie haben eine Vielzahl wertvoller Verbesserungsvorschläge gemacht und kritisch begleitet.

Seit jeher ist es die Stärke der CSU, an Bewährtem festzuhalten und doch immer aufgeschlossen für Neues zu sein. Denn das Bessere ist der Feind des Guten. In dieser Tradition steht auch das „Leitbild 2010plus“. Wir bauen mit ihm auf unserem bewährten Grundsatzprogramm und unserer Parteilassung auf und stellen uns zugleich den Herausforderungen unserer Zeit.

Unsere Mitglieder haben auf den Leitbildveranstaltungen deutlich gemacht: Sie wollen mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen, mehr Mitsprache und mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, mehr Chancen für Frauen und Jugend in unserer Partei. Sie wollen auch, dass wir uns mehr öffnen - gerade für den vorpolitischen Raum. Diese Vorgaben setzen wir um. Die CSU lebt und gestaltet damit die aktive Bürgergesellschaft.

Wir wollen die Kraft der CSU stärken und sie als Bürgerbewegung neu beleben. Deshalb führen wir Instrumente ein, mit denen wir noch mehr engagierte Menschen

an unsere Partei heranführen können. Deshalb schaffen wir die Möglichkeit, dass unsere Mitglieder bei wichtigen Entscheidungen einfach und unmittelbar ihre Ansichten einbringen können. Deshalb erweitern wir unsere Parteitage zu breiten Diskussionsforen für unsere Mitglieder. Deshalb machen wir unser Antragswesen transparenter für unsere Mitglieder. Deshalb stärken wir die Repräsentanz von Frauen in unserer Partei. Und deshalb geben wir unseren Mitgliedern die Chance, sich über das Internet in die Parteiarbeit einzubringen.

Gemeinsam haben wir die CSU zur erfolgreichsten Partei Europas gemacht. Basis für unseren Erfolg ist unsere Politik in Bayern, Deutschland und Europa. Mit dem „Leitbild 2010plus“ unterstützen wir die Arbeit für die Menschen in unserem Land und entwickeln die Bürgerbewegung CSU zur großen Mitmachpartei für Bayern, Deutschland und Europa weiter.

## **B. CSU – die moderne Mitgliederpartei**

### **Das Mitglied im Mittelpunkt**

Wir haben mit unseren Mitgliedern gesprochen. Unsere Mitglieder haben den klaren Wunsch geäußert, dass sie sich stärker beteiligen wollen und bei wichtigen Themen gehört werden (und auch mitentscheiden) wollen. Mehr Beteiligung – das war Kernanliegen unserer Mitglieder. Deshalb stärken wir die Rechte unserer Mitglieder.

Wir werden deshalb **Mitgliederbefragungen** auf allen Ebenen unserer Partei zu Sach- und Personalfragen ermöglichen. So schaffen wir eine noch lebendigere und aktive Willensbildung in unserer Partei.

Mitgliederbefragungen sollen stattfinden, wenn ein Drittel der nachgeordneten Verbände dies beantragen oder der Vorstand die Durchführung mit absoluter Mehrheit beschließt. In Personalfragen bleiben die Vorgaben des Parteiengesetzes unberührt. Bei einem Beteiligungsquorum von einem Drittel der Mitglieder ist bei Sachentscheidungen das Mehrheitsergebnis der Befragung für die zu treffende Entscheidung zu berücksichtigen. Die Befragung kann neben der Briefabstimmung zusätzlich auch als Online-Abstimmung angeboten werden.

Das wichtigste und größte Gremium unserer Partei ist der Parteitag. Parteitage sind zugleich das Treffen unserer CSU-Familie. Wir wollen unseren Mitgliedern in Zukunft noch stärker ermöglichen, an Parteitagen teilzunehmen, Politik zu erleben und mitzugestalten. Wir werden Wahlparteitage zukünftig als **Parteikonvent** abhalten. Dazu wollen wir neben den Parteitagsdelegierten weitere CSU-Mitglieder am Parteitag als Gäste einladen. Unsere Parteitage sind – anders als die Parteitage vieler anderer Parteien – echte Mitgliederparteitage. Bereits heute hat die CSU auf ihren Parteitagen mit die größte Basisnähe aller Parteien. Diese Basisnähe erweitern wir durch den Parteikonvent.

Wir werden das **Antragsverfahren** verständlicher und nachvollziehbarer machen. Jedes Mitglied in der CSU soll schnell und unkompliziert eine politische Initiative anstoßen können und hierüber in angemessener Zeit Rückmeldung aus der Partei erhalten. Jeder Antragsteller soll innerhalb von sechs Monaten über den Gang und das Ergebnis seines Antrages unterrichtet werden. Antragsteller sollen zur Erörterung des Antrags eingeladen und in der Folge über den Verfahrensgang und die getroffene Entscheidung unterrichtet werden.

Wir werden den **Service** für unsere Mitglieder weiter verbessern. Dazu werden wir sowohl die Informationsangebote und den Informationsaustausch in unserer Partei, als auch die Unterstützung in praktischen Fragen schneller und zielgenauer machen. Damit hat jedes Mitglied die Möglichkeit, sich in seinen Interessen und in seinem Einsatz in Partei, Gesellschaft und Staat bestmöglich unterstützen zu lassen.

Wir wollen den **Bayernkurier** als ein Markenzeichen unserer Partei erhalten und umgestalten. Eine sich verändernde Medienlandschaft, die starke und attraktive Präsenz von Online-Medienangeboten sowie sich ändernde Informations- und Leseverhalten vieler unserer Mitglieder erfordern es, das Traditionsorgan Bayernkurier auf eine neue Basis zu stellen.

Eine Neukonzeption soll sich dabei vor allem an folgenden Grundlinien orientieren:

- Der neue Bayernkurier soll sein Informations- und Serviceangebot für die CSU-Mitglieder verstärken und damit einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt innerhalb der CSU leisten.
- Der neue Bayernkurier soll mit einer verstärkten Ausrichtung auf Kommentierung und Wertung eine Orientierung zu aktuellen Themen und auch künftigen Entwicklungen geben.
- Die Kosten des Bayernkuriers werden massiv gesenkt zugunsten des Umbaus auf ein zeitgemäßes Parteiorgan mit einer mitgliederorientierten Kombination aus Online- und Printangeboten. Damit wollen wir auf mittlere Sicht die Zahlungen der CSU an den Bayernkurier deutlich reduzieren.

### **Mehr Repräsentanz von Frauen**

Wir wollen Frauen gezielt unterstützen und den Anteil an Frauen in der CSU deutlich erhöhen. Unsere Partei lebt davon, dass ihre Mitglieder und Funktionsträger die Anliegen und Interessen der Bevölkerung repräsentieren. Die Bevölkerung ist zu mehr als 50 Prozent weiblich. Die CSU will auf allen Ebenen der Partei ihre Attraktivität für die Frauen steigern, um die Repräsentanz von Frauen als Mitglieder, als Funktionsträger und Mandatsträger innerhalb der CSU zu erhöhen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die **Zukunftsfähigkeit** und für den **langfristigen Erfolg unserer Partei**.

Der CSU-Parteivorstand hat sich im Jahr 2000 das Ziel gesetzt, bei parteiinternen Wahlen für Vorstände und Delegiertenversammlungen einen Frauenanteil anzustreben, der ihrem Anteil an der Bevölkerung schrittweise näher kommt. Seitdem hat die CSU zusammen mit ihren Arbeitsgemeinschaften zahlreiche Einzelmaßnahmen ergriffen, um die Attraktivität der Partei für die Frauen zu steigern. Ein Jahrzehnt später ziehen wir die Bilanz: Wir müssen unsere Anstrengungen noch verstärken, um unser Ziel zu erreichen. Wir wollen, dass sich wieder mehr junge Frauen mit unserer Partei identifizieren und die CSU stärker als in

den vergangenen Jahren wählen. Unser Erfolg hängt auch davon ab, dass es uns gelingt, die CSU als Volkspartei für Frauen attraktiv zu gestalten und die Repräsentanz von Frauen zu erhöhen.

Unser Gesamtkonzept sieht sowohl **strukturelle Änderungen** als auch **flankierende Frauenförderungsmaßnahmen** vor:

Wir werden das Mentoring-Programm der Frauen-Union Bayern ausbauen. Darüber hinaus werden wir die erfolgreiche CSU-Akademie, bei der bereits jetzt regelmäßig fast die Hälfte der Plätze mit weiblichen Bewerbern besetzt wird, über den bestehenden Schwerpunkt „junge, engagierte CSU-Mitglieder“ hinaus um einen thematischen Schwerpunkt „Förderung von Frauen“ erweitern.

Wir werden im kommenden Jahr unter dem Titel „2011 - Jahr der Frau“ den gemeinsamen Fokus auf die intensive Förderung und Positionierung von Frauen legen.

Wir werden innovative Ideen zur Frauenförderung auszeichnen, die einen Beitrag leisten zur Erhöhung der Attraktivität der Partei für Frauen.

Wir werden ab dem Jahr 2011 in Gedenken an die langjährige, stellvertretende Parteivorsitzende einen „Dr. Mathilde Berghofer-Weichner-Preis“ an engagierte CSU-Frauen für ihren Einsatz in der Partei und für die Partei verleihen.

Wir werden eine **breit angelegte Mitglieder-Werbekampagne** starten, die insbesondere auf **Frauen als Zielgruppe** ausgerichtet ist.

Die Frauen-Union Bayern engagiert sich, verstärkt bei ihren FU-Mitgliedern dafür zu werben, Mitglied in der CSU zu werden.

Wir setzen uns bei der Frauenförderung substanziell belastbare Ziele. Wir wollen künftig parteiinterne Ämter mit wenigstens 40 Prozent Frauen besetzen. Beim Parteivorstand und bei den Bezirksvorständen wird dieser Anteil bereits für 2011 festgeschrieben. Bei den Kreisverbänden streben wir einen Entwicklungsprozess zu



einer stärkeren Beteiligung von Frauen an. Wir wollen erreichen, dass schon nach den nächsten parteiinternen Wahlen deutlich mehr Frauen in politischen Funktionen sind als heute.

Diese parteiinternen Maßnahmen sollen unsere Anstrengungen für eine attraktive Politik auch für junge Frauen flankieren. Die CSU steht für eine Politik, die den unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht wird und die Menschen in ihren unterschiedlichen beruflichen und familiären Situationen unterstützt.

### **Partei des Miteinanders**

Unsere Partei lebt vom Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen. Die CSU soll nicht nur mit ihrer Politik, sondern auch mit ihren Personen, Frauen wie Männern, Jungen wie Älteren, die Menschen in unserem Land überzeugen. Deshalb fördern wir die Repräsentanz derjenigen Gruppen besonders, die in der CSU noch nicht genügend präsent sind.

Wir werden **junge Menschen** stärker einbinden. Dazu werden wir junge Bewerber um parteiinterne Führungsämter besonders fördern. Ebenso werden wir junge Kandidaten für öffentliche Ämter bei den parteiinternen Durchwahlen 2011 gezielt unterstützen. Zur besonderen Förderung junger Menschen wollen wir ein Förderprogramm für junge Mitglieder auflegen. Dieses soll einerseits das Ziel einer verstärkten Gewinnung junger Mitglieder für die CSU verfolgen. Zum Zweiten soll es junge CSU-Mitglieder durch eine Ausweitung bestehender Schulungs- und Mentoringprogramme (zum Beispiel CSU-Akademie) gezielt fördern.

Wir werden **unsere Arbeitsgemeinschaften** noch stärker einbinden. Dazu werden wir für eine angemessene Vertretung der Arbeitsgemeinschaften in unseren Vorständen sorgen und die Vorsitzenden als geborene Mitglieder mit beratender Stimme aufnehmen.

Auch die **Arbeitskreise** sind für die jeweiligen Themenbereiche, die sie politisch für die CSU bearbeiten, wichtige Ratgeber und Mittler in die CSU hinein und aus ihr hinaus in die Bürgergesellschaft. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise der jeweiligen

Ebenen sollen bei den CSU-Vorstandssitzungen zugelassen werden, wenn Beratungen zu betreffende Fachthemen anstehen.

### **Ansprechpartner für alle Bürger**

Unsere Partei lebt von ihrer tiefen Verwurzelung und Verankerung in allen Teilen Bayerns. Die CSU soll für alle Menschen in unserer Heimat der natürliche Ansprechpartner für ihre politischen Anliegen sein. Deshalb öffnen wir unsere Partei noch stärker und gehen aktiv auf politisch engagierte Nichtmitglieder zu.

Wir werden eine CSU-Internet-Mitgliedschaft ins Leben rufen und dazu die „CSUnet“ gründen. Wir wollen damit die Möglichkeit schaffen, dass Interessierte online diskutieren und dabei ständig Kontakt zu unserer Partei halten können. Der „virtuelle Verband“ soll auch der direkte Draht zur CSU für jene Mitglieder sein, die sich wegen der Mobilität und Wechseln ihrer Lebens- und Arbeitswelt nicht immer dauerhaft an einem Ort engagieren können. Der Vorsitzende der „CSUnet“ soll im Parteivorstand vertreten sein.

Wir werden **offene Bürgerforen** einrichten. Dazu werden wir auf allen Ebenen unserer Partei mindestens einmal jährlich zu einer Bürgerversammlung oder einer offenen Vorstandssitzung (zum Beispiel: Tagung mit Verbandsvertretern, Runder Tisch mit gesellschaftlichen Gruppen, Dialog mit Kirche oder Vertretern von Sport und Kultur) einladen. Das Bürgerforum soll auch engagierten Nichtparteimitgliedern aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen eine Plattform bieten, ihre Anliegen in unsere Partei einzubringen. Auch der Parteivorstand wird einmal pro Jahr ein Bürgerforum abhalten und dazu in verschiedenen Regionen Bayerns tagen.

Mit diesen Strukturreformen sorgen wir dafür, dass die CSU die modernste, frischeste und offenste Partei in Deutschland bleibt. Modern in ihrer Mitgliederorganisation, offen in ihrer Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern und frisch in der Ausgestaltung ihrer innerparteilichen Demokratie.

## **C. Satzungsänderungsvorschläge des CSU-Vorstandes**

Daher schlagen wir dem Parteitag vor, unsere Satzung, wie in der folgenden Synopse dargestellt, zu ändern.